



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 21436F

STAATSPOLITISCHE ARBEITSTAGUNG IN BONN 8./9. NOV. 1980
DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD/
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

Nr. 3 24. Jahrgang August 1980

GRUNDGESETZ IN NOT?

Als der ehemalige Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Professor Dr. Herbert **Weichmann**, in den siebziger Jahren unter dem Titel „Grundgesetz in Not?“ anhub, im Auditorium maximum der Christian-Albrechts-Universität in Kiel einen Vortrag zu halten, wurde er von Studenten niedergeschrien, die nicht zuhören wollten. Wichtig ist die Feststellung, daß diese jungen Leute vor allen Dingen verhindern wollten, daß andere – übrigens die Mehrheit – zuhören konnten. Herbert Weichmann, Ehrenbürger der Stadt Hamburg, alter Reichsbannermann und auch heute dem Reichsbanner verbunden, einst von den Nazis verfolgt und aus Deutschland vertrieben, wurde quasi aus der Universität verjagt von einer Sorte junger Leute, von der heute noch Moderatoren und Kommentatoren mit verzücktem Augenaufschlag berichten als dem Ausfluß einer „Reformbewegung“. Die leider übliche Meinungsverbreitung, daß ein solcher Terror auf den Universitäten und auf den Straßen etwas mit Freiheit in unserer Demokratie, mit Liberalität, zu tun habe, ist zu einem Warnsignal geworden!

DIE DURCHSETZUNG VON MEINUNGEN UND FORDERUNGEN einer Minderheit durch Gewaltaktionen und durch Nötigung anderer Menschen und des Staates als WERK KRITISCHER DEMOKRATEN zu betrachten, ist der Versuch der Selbstaufgabe einer freiheitlichen Demokratie.

DIE ERFORDERLICHEN STRENGEN MASSNAHMEN, durchgeführt durch die frei gewählte Legislative und Exekutive unseres Staates, als Einschränkung des demokratischen Freiraumes oder gar als Abbau unserer Demokratie zu verunglimpfen, ist der nächste Schritt, unsere freiheitliche Demokratie in die Anarchie zu treiben.

WIRKLICHE DEMOKRATIE ist aber vor allem Schutz der Schwachen vor den Aggressiven, der Ruhigen und Friedlichen vor den Gewaltaktionen Anmaßender, und ganz allgemein der Schutz der Vielfalt unserer demokratischen Freiheit vor den Feinden der Demokratie, vor den totalitären Eroberern!

Das Faustrecht ist das Ende jeder Demokratie!

Das Kieler Beispiel steht nicht allein. Wir kennen inzwischen hunderte und tausende großer und kleiner gesetzwidriger Aktionen anmaßender Minderheiten. Die Propagierung von Gewalt gegen

Sachen mit den Folgen von Gewalt gegen Menschen wurde zum „Freiraum“ von philosophischen, soziologischen, politischen und pseudo-wissenschaftlichen Schwätzereien. Wir erleben die Hilfslosigkeit und Unentschlossenheit staatlicher Organe, dem Treiben ein Ende zu setzen. AN DIESE UNSICHERHEIT DÜRFEN WIR UNS NICHT GEWÖHNEN! Wenn das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz nicht mehr selbstverständlich ist, oder wenn dieses Grundgesetz, das zu dem freiesten und tolerantesten der Geschichte gehört, von Demagogen in umgekehrter Auslegung mißbraucht werden kann, dann ist Alarm geboten. Entsetzt über die Intoleranz und den Fanatismus bei den erwähnten Kieler Vorgängen hatte der damalige Erste Bürgermeister von Hamburg Peter **Schulz**, Sohn des Reichsbannerführers von Mecklenburg-Lübeck in der Weimarer Republik, treffend ausgeführt: „Hier ist ein Grundelement unserer Verfassung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, in einer Art verletzt worden, die den Titel „Grundgesetz in Not?“ in gefährlicher Weise aktualisiert Die Erfahrung von Kiel lehrt uns, daß wir uns einsetzen müssen, damit das Grundgesetz nicht in Not gerät.“ In dem Konzept des nicht gehaltenen Vortrages steht die Warnung: „**Demokratische Staatssysteme sind ohne überzeugte Demokraten nicht lebensfähig!**“ Im Laufe der folgenden Jahre hat sich nichts gebessert. Der Mißbrauch des grundgesetzlichen Rechtes zur friedlichen Demonstration hat sich mehr und mehr ausgeweitet. Rathausbesetzungen, Hausbesetzungen, Straßenbesetzungen und erpressungsähnliche Erscheinungen organisierter Interessenten haben schon fast das Maß des Gewohnheitsrechtes angenommen. Versuche, den politischen, grundgesetzlichen Willensträgern Maßnahmen durch mittelbare und unmittelbare Gewalt gegen Sachen und Personen abzuwingen, werden durch Sympathiekundgebungen in Presse, Rundfunk, Fernsehen und durch prominente Persönlichkeiten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unterstützt. Haufenweise betätigen sich Dozenten an Universitäten und Lehrer in allen Schulbereichen, die doch einen grundgesetzlichen Auftrag und eine geschichtliche Aufgabe zur Erhaltung unserer freiheitlichen Demokratie haben, als Spießgesellen gesetzwidriger und verfassungsfeindlicher Aktionen. Kirchenvertreter des „niedereren und hohen“ Standes aalen sich in den Wogen eines neuen Glaubens jener, die verführerisch nach einer heilen

Welt rufen, aber zu gleicher Zeit sich als die Vertreter brutaler Diktaturen und Unterdrückungsmechanismen entpuppen. Selbst Abgeordnete des Volkes, gewählte Abgeordnete, hoffend auf einen Popularitätszuwachs, üben Solidarität mit staatsfeindlichen Aktionen. Sie demonstrieren damit bewußt oder unbewußt, daß ihre eigene grundgesetzliche parlamentarische Aufgabe zu nichts nütze ist und Gewaltaktionen zum Wesen ihres Demokratieverständnisses zählen.

DAS HANGEN UND BANGEN ZWISCHEN FREIHEIT UND MISSBRAUCH DER FREIHEIT, dieser Unsicherheitsfaktor, dieses Zittern unserer verantwortlichen Organe vor der Zerstörung der Demokratie und zu gleicher Zeit ihre lächerliche Furcht, wegen zu strenger Maßnahmen als faschistoid bezeichnet zu werden, muß endlich durch eine selbstbewußte Haltung ersetzt werden.

MANES SPERBER, ein gebrannter und gewandelter Revolutionär, drückt den Zustand einer gefährdeten Demokratie in seinem Buche „Leben in dieser Zeit“ sehr eindrucksvoll aus:

„Man wird von Entsetzen erfaßt über die unfaßbare Leichtigkeit, mit der man Zivilisationen zerstören kann, und über die Rolle, die hierbei häufig Aposteln eines neuen Glaubens und amokläuferischen Utopisten, kurz neu aufgestiegenen Menschheitsbeglückern zufällt. Zu dieser Ignorierung oder Verketzerung einer auf sozialen Fortschritt ausgerichteten Politik gesellt sich eine dem Geschichtserfahrenen nicht minder bekannte Methode der geistigen Verwirrung durch Schlagworte, durch das Umfunktionieren von Begriffen und die Verbreitung pseudo-wissenschaftlicher Behauptungen. Alles das ist in der Methodik ebenso alt wie beunruhigend.“

Was nun und was tun?

Unsere gängigen Verfassungsfeinde, unsere täglichen Feinde der Demokratie, berufen sich treuherzig auf die Freiheit, die ihnen das Grundgesetz gewähre. Ja, sie geben sich als die eigentlichen Verfechter aus, als die rechtmäßigen Interpreten des Grundgesetzes. Mit Sinnverdrehungen und demagogischer Entstellung der Inhalte betören sie junge Menschen, lenken ab von den tatsächlichen Fragen der politischen Freiheit. Sie verschweigen, daß wirkliche Freiheit in der Beschränkung und in der Toleranz gegenüber dem Nächsten und dessen Freiheit liegt. Unser Grundgesetz ist nicht zweideutig, es wird nur allzu gerne zweigleisig ausgelegt. Der Artikel 5 sagt in Punkt 3: **„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei! Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“** Dieser entscheidende zweite Satz läßt sich leichthin unterschlagen, wenn man nur seine persönliche, egoistische Freiheit und Forderung zum Ziele hat oder politische Zersetzungsarbeit leisten will. Der Artikel 18 des Grundgesetzes sollte jeder Überlegung vorangesetzt werden, in jedem Schulsaal und in jedem Hörsaal sichtbar für jedermann lesbar sein:

„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Brief-Post-Fern-

meldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt die Grundrechte.“

Es kann nicht oft genug und nicht deutlich genug wiederholt werden, daß ein Herr Hitler mit sogenannten legalen Mitteln der Weimarer Verfassung die Errichtung seiner brutalen Diktatur und die Vernichtung jeglicher Freiheit erreicht hatte. Nur die Uneinigkeit und die Schwäche der Demokraten in der rechtzeitigen Abwehr der Anfänge, die Einfalt, den potentiellen Mördern der Freiheit und der Demokratie noch die Waffen zu liefern, hat diese folgenschwere geschichtliche Furchtbarkeit möglich gemacht. Aus dieser geschichtlichen Erfahrung heraus, als persönlich Leidtragender dieses deutschen Unglücks und vor allem als Staatsmann hatte Herbert **Weichmann** im Hamburger Parlament appelliert: *„Hier sollte die Demokratie einmal Ernst machen und von dem Artikel der Verfassung Gebrauch machen, daß denjenigen, die uns unsere Grundrechte nehmen wollen, die uns unsere Freiheit nehmen wollen, die ihr eigenes Recht an Stelle dieses auf die Verfassung verbürgten Rechtes setzen wollen, eben diese Rechte, diese Privilegien des Grundgesetzes entzogen werden. Wir sollten uns nicht schamhaft verbergen und keine falsche Scham vor der Notwendigkeit der Bewahrung von 'law and order' zeigen.“* Dieser Appell hat nicht gefruchtet. Die Autorität des Staates ist immer mehr zurückgewichen vor der Verwilderung der politischen Ausdrucksformen, die sich den fundierten Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie entziehen und über Gesetz und Recht hinwegsetzen.

DIE ANGST, als Polizeistaat verschrien zu werden,

DIE ANGST, daß „Recht und Ordnung“ als Schmähwort benutzt werden könnten, obwohl doch Unrecht und Chaos die Alternative wären,

DIE ANGST, nicht genug „Freiräume“ zu dulden, läßt verantwortliche Politiker vor vielfältigen massiven Drohungen zurückhufen.

Die Frage ist doch: „Freiräume“ für wen?

Freiraum für die Drogenszene, Freiraum für die Hausbesetzer, Freiraum für die hochverräterische „Republik Wendland“, die den Steuerzahler Millionen kostete und weiterhin als „Botschaft“ kosten wird? Freiraum für die Polizistenbeschimpfung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen der Räumung eben dieser gesetzwidrigen Gorleben-Besetzung, die sogar wochenlang geduldet wurde? Hätten die Polizisten nicht besser chinesische Sänften zum Abtransport der Widerspenstigen benutzen sollen? Das Ende der Staatsautorität dann in Form des Lobes für die Geländebesetzer, von denen keiner zur Rechenschaft noch zur Regreßpflicht an dem verursachten Riesenschaden herangezogen wird, zeichnet sich ab. Wofür das Lob? Sie hätten wohl noch mehr Gewalt gegen unseren Staat sich leisten können? Ein empfehlenswertes Beispiel, dachte womöglich das Ordinarat in Paderborn, als es sich bei den Rechtsbre-

chern — den Dombesetzern — bedankte. Wofür wohl? Für ein gütiges Verhalten in Anbetracht dessen, was sie sich bei der Duldsamkeit der Kirchen und unseres Staates wirklich hätten leisten können?

Der treue Staatsbürger als Opferlamm?

Was denkt ein Staatsbürger, der wegen einer Lappalie, vielleicht wegen einer versehentlichen Verordnungsübertretung ohne Gnade bestraft wird — angesichts des Massenaufgebots an Widerstand gegen die Staatsgewalt, Zerstörung öffentlichen Eigentums — und dies alles mit Duldung und ohne Folgen? Wie muß sich der gesetzestreue Staatsbürger verhalten, der brav zu seinem Staat hält, mit Fleiß und Können das Sozialprodukt erarbeitet, wovon auch die zahlreichen Parasiten leben und die Millionenschäden, angerichtet von den Staatsfeinden, beglichen werden? Wir kennen die propagierte Sorge und die Kümmernisse um das Wohl einsitzender Terroristen und Meuchelmörder. Wir kennen das Schweigen um das Schicksal der Ermordeten und die Stille um die Verzweiflung ihrer Angehörigen. Wenn der Staatsbürger im allgemeinen — und wen es im besonderen trifft, ganz persönlich — ein Opfer bringen muß, um das Scheinbild einer grenzenlosen Freiheit zu garnieren, das letzten Endes in der zärtlichen Sorge um das Wohl der Verbrecher und der Staatsfeinde mündet, dann bereitet sein Staat die Selbstaufgabe vor. „Die *'kluge Duldung'* eskaliert die Gewalt“, warnte schon Herbert **Weichmann**. Es geht nicht an, auf eine strenge Republik zu verzichten und lieber Opfer an Menschen und Grundgesetzlichem in Kauf zu nehmen, um durch Nachgeben die Rücksichtslosen zu besänftigen. Ein sinnloses Unterfangen.

Menschenopfer, wie Kindesopfer, Jungfrauenopfer — bekannt aus der Religionsgeschichte — die dargebracht wurden, um göttlichen Zorn abzuwenden und das Böse zu beschwichtigen, sollten doch heute keine Gültigkeit mehr haben. Wer das Menschenopfer verlangt für ein imaginäres Freiheitsideal, damit der Bösewicht, der Umstürzler und der potentielle Terrorist ihn nicht der faschistischen Neigung verdächtigen, der erwartet wohl — wie es die Religionsgeschichte berichtet — daß die Kraft des Geopferten dem Opfernden dienstbar gemacht wird?

Zu welcher Resignation die „neue Wissenschaft der klugen Duldung“ führt, zeigen die jüngsten Vorgänge an der Münchener Universität im Juni 1980. Sie schließen sich „würdig“ an die Ereignisse an der Kieler Universität an, die bereits geschildert wurden. Zwölfhundert Studenten hatten sich in der Maximilian-Universität in München versammelt, um einen Vortrag des eingeladenen Kardinals **Ratzinger** zu hören. Zweihundert Studenten waren gegen diese Veranstaltung. Keiner verlangte etwa von ihnen, dort zuzuhören. Aber sie forderten, daß die zwölfhundert, das Sechsfache ihrer Kopffzahl, ebenfalls nicht zuhören sollten. Mit Psycho-Terror, Randalieren und brutaler Gewalt sprengten sie die Versammlung. Der Kardinal hielt nicht etwa — wie einst Bonifatius — das Kreuz Christi den Angreifern standhaft entgegen, sondern wich — wohl einge-

denk, daß Bonifatius erschlagen wurde — von der Stätte der freien Lehre und Forschung eines freien, demokratischen Staates. Nikolaus **Lobkowitz**, der Präsident der Universität, zog entmutigt die Schlußfolgerung, daß es kein Mittel gegen derartigen Terror gäbe, es sei denn das der Polizeigewalt. Ein Einsatz aber, so seine weitere Überlegung, käme den Gegnern recht, um uns als Polizeistaat zu diffamieren und damit sich selbst zu rechtfertigen. Hier liegt der Hase im Pfeffer! Es ist absurd, über uns eine wohlwollende Meinung von den Feinden einer demokratischen Ordnung zu erhoffen. Der demokratische Staat muß seinen Bürgern, die dazu noch zu ihm stehen, den rechtmäßigen Schutz gewähren. Es ist absurd, studentischen Feinden der Freiheit und der Demokratie weiterhin auf Kosten der arbeitenden Menschen ein kostenreiches ungebundenes Universitätsleben zu ermöglichen. Dieselben werden nämlich dann Recht sprechen, predigen, die kommende Generation lehren — und damit die Geschicke eines Volkes bestimmen!

Keine Gewalt der Willkür! Alle Gewalt dem Recht! Keine Freiheit der Zersetzung und Zerstörung!

Ein freiheitlicher Staat mit gestörtem Selbsterhaltungswillen wird bald ein neues Symbol — den Stacheldraht — in Sichtweite haben. Sind wir schon auf dem Wege dorthin? Die Freigabe der Beschimpfung und Verleumdung des Staates, seiner Einrichtungen und der Beschmutzung seiner Symbole wäre der erste Schritt. Die Straffreiheit für das Befürworten von Gewalt, das Anleiten zur Gewalt und das Verherrlichen von Gewalt wären dann der nächste Schritt. **Wer die Saat der Gewalt zuläßt, der nimmt auch die Opfer in Kauf!** Wer aber aus der jüngsten deutschen Geschichte die Folgerungen erkennen will, der beachte entscheidende Beispiele. Hubertus **Prinz zu Löwenstein** schildert in seinem Buche „Botschafter ohne Auftrag“ sehr einprägsam ein Erlebnis: „*Horden von Nazis wälzten sich durch die Straßen von Berlin bis tief in die Nacht hinein. Sie feierten ihren Wahlsieg vom 14. September 1930. Zwölf Abgeordnete hatten sie im Reichstag, der 1928 gewählt worden war. Jetzt waren es hundertundsieben! 'Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's nochmal so gut'*, gröhnten sie, bis ihnen vor Heiserkeit die Stimmen überschlugen. Diese Aufforderung zum Massenmord hätte bereits genügen müssen, um die Partei und ihre schwarzbraunen Terrorbanden zu verbieten. **Aber das hätte die Republik als 'undemokratisch' betrachtet.**“ Die Furcht, für „undemokratisch“ gehalten zu werden, verunsicherte schon damals die Verteidigung der Republik. Somit war das der Beginn des Untergangs des freiheitlichen Staates, der demokratischen Parteien, der freien Gewerkschaften und der Verfassung von Weimar. Die schlimmsten Folgen waren dann die Menschenopfer in ungeahntem Ausmaße.

Wer das heute noch nicht wahrhaben will, dem ist nicht zu helfen. Aber wir sind alle betroffen!

ROBERT BECKER, Offenbach

JERUSALEM

Im Nahen Osten hat sich ein neuer Kristallisationspunkt ergeben: **Jerusalem**. Die große Mehrheit aller israelischen Parteirichtungen in Regierung und Opposition tritt für ein ungeteiltes Jerusalem als Hauptstadt des Staates Israel ein, was einen neuen Sturm der Entrüstung in der moslemischen Welt entfachte. Das Jammern der ölbedürftigen Staaten wird hörbarer, denn sie fühlen sich jetzt noch mehr unter arabischen Druck gesetzt. Zur nüchternen Betrachtung der Jerusalem-Frage gehören aber einige Kenntnisse, die leider im hastigen tagespolitischen Gedränge nicht feilgeboten werden.

Der derzeitige israelische Bürgermeister des geteilten Jerusalem Teddy **Kollek** hat kürzlich eine ganz lapidare Bemerkung gemacht, die zu weiteren Überlegungen Anlaß gibt: „4000 Jahre war Jerusalem eine heilige, ungeteilte Stadt, nur 19 Jahre war sie geteilt. Und jetzt tut die ganze Welt so, als seien diese 19 Jahre die entscheidende Epoche in der Geschichte dieser Stadt.“ Ein Leser schreibt in einer Zeitung: „Ohne die vorangegangenen Überfälle der arabischen Nachbarn auf Israel wäre das Jerusalem-Gesetz nicht möglich. Die arabischen Verlierer müssen die Folgen ihrer Kriegsschuld tragen wie die Deutschen nach 1945.“ An anderer Stelle schreibt er: „Von unseren Gästen erwarten wir einen Besuch an der Berliner Schandmauer.“ Er fordert deutscherseits mehr Verständnis für Jerusalem angesichts unserer eigenen geteilten Hauptstadt. Ein anderer Leser erinnert daran, daß die freie Welt das geteilte Berlin auf die Dauer als unzumutbares Provisorium angesehen habe. Die wertvollsten Kenntnisse können wir indes in Hans **Habes** Buch „Wie einst David-Entscheidung in Israel“ finden. Das Buch ist 1971 erschienen, also viele Jahre vor den heutigen Problemstellungen. Die engagierte, aber durchaus tolerante Betrachtungsweise der geschichtlichen und aktuellen Probleme der geteilten Stadt Jerusalem verdient die Wiedergabe der nachstehenden Auszüge aus dem Kapitel „**Neun Maß Leid**.“

Jerusalem wurde siebzenmal zerstört und ist siebzehnmal auferstanden: Symbol des Judentums. In Jerusalem ist König David begraben, in Jerusalem steht die Klagemauer, an der die Juden die Zerstörung des Tempels durch Titus beklagten, auf dem Moriah-Berg war Abraham bereit, seinen Sohn zu opfern.

Historisches Recht? Und warum dann nicht das der Moslems? Hier sind die Fußspuren Mohammeds. Wie an die Auferstehung Christi die Christen glauben, so glauben die Moslems, daß von dem Felsen, auf dem jetzt die Felsen-Moschee steht, Mohammed zum Himmel stieg. Wem nun »gehört« Jerusalem? Die Geschichte wird es nicht entscheiden, das Alte Testament wird es nicht entscheiden, nicht das Neue Testament und nicht der Koran. Die Satzung der Vereinten Nationen am allerwenigsten.

Jerusalem ist eine unteilbare jüdische Stadt, weil die überwiegende Mehrzahl ihrer Bewohner – der ganzen Stadt – Juden sind. Ein Blick auf Jeru-

salem genügt, um zu verstehen, daß Christen, Juden, Mohammedaner mit der gleichen inbrünstigen Sehnsucht, mit dem gleichen inbrünstigen Neid nach Jerusalem greifen. Jerusalem – ein religiöses Problem also? Ohne Zweifel, doch eben »religiös« ist es unlösbar. Keine der drei großen Religionen wird beweisen können, daß eine ihrer heiligen Stätten »heiliger« ist als die andere. Christus wurde hier gekreuzigt, David liegt hier begraben. Mohammed ritt von hier zum Himmel. So ist das Problem nicht zu lösen. Und es ist doch so einfach: Zukunft ist eine Lehre der Vergangenheit. Wie sieht sie aus, diese Vergangenheit?

Ende Mai 1948 meldete Abdullah el-Tal, Kommandeur der gegen die Juden eingesetzten jordanischen Streitkräfte: »Nur vier Tage nach unserem Einmarsch in Jerusalem wurde das jüdische Viertel ein jüdischer Friedhof.« Aus Synagogen wurden Pferdeställe, in Synagogen verrichteten arabische Soldaten ihre Notdurft, die Bücher der Kabbala, tausendjährige Schriften, auf dem Scheiterhaufen verbrannt, die Mauern abgerissen. Von den fünfunddreißig jüdischen Gotteshäusern im alten Teil Jerusalems wurden bei der jordanischen Besetzung im Mai 1948 vierunddreißig dem Erdboden gleichgemacht. 1967 schonte die jordanische Armee keine christliche Stätte, die ihr im Wege stand, sie feuerte auf die Dormition Abbey. Der »Sunday-Telegraph«-Kriegsberichterstatte Royce Jones berichtete von der Furcht christlicher Araber, die ihm sagten: »Nach dem Samstag kommt der Sonntag – unser Sprichwort heißt, daß, nachdem die Juden geschlachtet worden sind, die Reihe an die Christen kommt.« In der zweiundzwanzigjährigen Geschichte des Staates Israel ist keine einzige heilige Stätte des Islams oder der Christenheit von einem Juden angegriffen, zerstört oder auch nur wissentlich entheiligt worden. Der Zugang zu den heiligen Stätten, die in der Altstadt für Juden von 1948 bis 1967 gesperrt waren, wurde für Pilger aller Religionen freigegeben.

Es gibt einen alten Spruch in Jerusalem, so alt, daß niemand mehr weiß, woher er stammt: »Zehn Maß von Schönheit kam in die Welt. Jerusalem bekam davon neun Maß, die übrige Welt eins. Zehn Maß von Leid kam in die Welt. Jerusalem bekam davon neun, die übrige Welt eins.« Und weil auch die Juden von zehn Maß Leid neun Maß bekamen, sind ihnen die Stätten des Glaubens, ist ihnen Jerusalem anvertraut.

Unsere Hoffnung kann nur sein, daß die Vernunft siegen möge, daß Versöhnung und Toleranz Grundstein für ein offenes Jerusalem sein werden. Wie anders könnte sonst eine friedliche Zukunft aussehen? Wer jedoch die Jahrtausende überblickt, in denen Jerusalem von einem Drama zum anderen weiterlebte, wer den aufgestauten Haß und den aufgepeitschten Fanatismus im religiösen Gewande nicht übersieht, der wird für seine Hoffnung nur wenig Raum finden.

HELMUT ESSER, Rüsselsheim

TAG DER UNMENSCHLICHKEIT 13. August 1961

Ganz emotionslos und völlig ideologiefrei muß festgestellt werden; der 13. August ist – zumindest für alle Deutschen – durch den Mauerbau in Berlin zum „Tag der Unmenschlichkeit“ geworden. Die Unmenschlichkeit hat viele Ausdrucksformen. Eine davon ist die Inhaftierung einer ganzen Staatsbevölkerung durch die hermetische Abriegelung der Staatsgrenze und die Tötung von Menschen an elektrisch geladenen Grenzzaun durch dort installierte Tötungsmaschinen. Der 13. August 1961 ist aber auch der Tag der bewiesen hat, daß Sowjetkommunisten kein Wort geglaubt werden kann. Der seinerzeitige sowjetkommunistische Staatsratsvorsitzende der „DDR“ Walter **Ulbricht** ist dafür ein klassisches Beispiel. Wenige Tage vor dem Beginn des Mauerbaues erklärte er auf einer Pressekonferenz, daß niemand daran denke, in Berlin eine Mauer zu bauen, da die Arbeiter der „DDR“ mit dem Bau von Wohnungen beschäftigt seien. Noch etwas lehrte dieser 13. August 1961: Die Sowjetkommunisten bekämpfen mit allen Mitteln jeden „Revisionismus“ und „Reformismus“. Nur so ist es verständlich, daß sie nicht bereit sind, das Zeugnis ihrer politischen Unfähigkeit und der Unrichtigkeit ihrer Ideologie zu beseitigen, da ihnen jede Revidierung eines Irrtums und Irrweges fremd ist.

Die Funktionäre in den Zentralkomitees und Politbüros der kommunistischen Parteien beherrschen nichts so gut wie die Lehren der Strategie

und Taktik. Daher ist es erklärlich, daß sie den Zeitpunkt der Blitzaktion Mauerbau politisch und zeitlich richtig legten. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Berlin, der antikommunistische Aufstand am 23. Oktober 1956 in Ungarn und das Verhalten der USA anlässlich dieser Ereignisse hatte sie davon überzeugt, daß die weltpolitische Lage ihr Vorhaben ermöglicht. Da die Sowjetführer wissen, daß Arbeiter, Staatsdiener und Militärs in den „kapitalistischen Ländern“ im August Urlaub machen und verreisen, wählten sie mit Bedacht und Erfolg diesen für sie günstigen Zeitpunkt. Die Apparatschiks in Moskau und Ostberlin irrten sich auch nicht in der Annahme, daß sich die Welt an das praktizierte Unrecht gewöhnen wird. Damit die Gewöhnung an Unrecht und Unmenschlichkeit nicht unterbrochen werde, lieferte Moskau den „Fall Afghanistan“ nach.

Die Vereinten Nationen, die USA und die gesamte nichtkommunistische Welt sind durch das entschiedene Auftreten Moskaus und der Staaten des Warschauer Paktes schon so verunsichert und eingeschüchtert, daß sie sich zwar gegenseitig mit Vorwürfen in Sachen Unmenschlichkeit und Menschenrechte überhäufen, es aber nicht mehr wagen, den 13. August 1961 mit dem Mauerbau in Berlin einen „Tag der Unmenschlichkeit“ zu nennen.

FRANZ HRON, Bad Vilbel

ASYL – ASYL – ASYL

Wenn Hitlergegner das Wort Asylanten hören, verbindet sich bei ihnen damit das Wort Emigrant. Doch sind Asylant und Emigrant nicht dekongsgleich. Welcher Emigrant konnte – 1934 und später – in Berlin in ein Flugzeug steigen, nach London fliegen und dort in einem Hotel einen neuen Lebensabschnitt beginnen? Asylanten sind ein Produkt unserer Zeit. Die Zunahme von Unmenschlichkeit, Unrecht und Elend in allen Regionen der Erdteile und die Unterbindung der vollen Freizügigkeit des Wechsels von Wohn- und Arbeitsplatz – trotz Chartagarantien – haben das Thema Asyl und das Faktum Asylgewährung so wichtig und belastend werden lassen, wie es derzeit ist. Es spricht an sich für den Ruf der Bundesrepublik Deutschland, daß sich Menschen in Afrika eine Flugkarte nach London kaufen, dann aber in Frankfurt am Main aussteigen und um politisches Asyl ansuchen bzw. dies fordern. Da aber dieser Zustand sowohl echt als auch organisiert ist, wird es politisch und wirtschaftlich für die Bundesrepublik – vor allem für deren Kommunen und Länder – unmöglich, die Aufgaben zu lösen, die sich in Bezug auf Wohnung, Arbeit und Versorgung der Asylanten ergeben. Schon werden Klagen darüber laut, daß die Steuerzahler durch die hohen Aufwendungen überfordert werden. Dies ist nicht zu bestreiten, muß aber in Sachen Asylgewährung nicht das Entscheidende sein. Es

gäbe einen Weg, zumindest die finanziellen Lasten für Staat und Steuerzahler zu mindern.

Die Bundesregierung könnte Leistungen an Entwicklungsländer, aus denen Asylsuchende kommen, um jenen Betrag kürzen, der für Bürger dieser Länder bei uns aufgewendet wird, da damit ja schon praktisch Entwicklungshilfe geleistet wird. Was Asylbewerber aus der übrigen Welt anbelangt, so wäre zu überlegen, ob die Bundesrepublik Deutschland ihre Beiträge an die Vereinten Nationen, deren Organisationen und Einrichtungen, in Höhe der Aufwendungen für die Asylanten kürzt. Die UN müßte sich dann an die Verursacher des Asylantentums wenden und um Rückvergütung der Ausfallbeträge bemühen. Vielleicht entstünde bei vielen Regierungen ein heilsamer Schock, wenn sie zu spüren bekämen, daß ihr verwerflicher Umgang mit Menschen nicht nur ihr Image in der Welt schädigt, sondern auch noch Geld kostet. In der Bundesrepublik Deutschland aber wäre zumindest ein Reizpunkt für eine mögliche Ausländerfeindschaft beseitigt, getreu dem alten Sprichwort, daß beim Geld die Freundschaft aufhört.

Zugute kommen würde all dies aber den wirklichen und politischen Emigranten, da der Begriff Emigrant wieder eine eindeutige Bezeichnung für politische Verfolgung würde.

FRANZ HRON, Bad Vilbel

REPUBLIKANER! SCHÜTZT DIE REPUBLIK!

In einer öffentlichen Veranstaltung der Gemeinnützigen Körperschaft Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold / Bund aktiver Demokraten e.V. in Frankfurt/Main schlug dessen Bundesvorsitzender Hubertus **Prinz zu Löwenstein** Alarm, weil „unsere freiheitliche Rechtsordnung und diese zweite Deutsche Republik von innen und von außen bedroht sind“. Er brachte in Erinnerung, daß sein „als Märtyrer der Freiheit hingerichteter Freund und Reichsbannerkamerad Theodor **Haubach**“ mit ihm durch ganz Deutschland gezogen sei, um unter der Losung „Republik – werde hart! Wir fordern: Eine strenge Republik!“ zur Einigkeit aller Demokraten aufzurufen. „Das bedeutete damals wie heute: Wir dürfen die Mittel der Demokratie nicht ihren Feinden in die Hand geben, die sie nur mißbrauchen, um die Demokratie zu zerstören.“ Damals seien Auschwitz, Theresienstadt, Maidanek und all die übrigen Schreckens- und Vernichtungslager die Folge gewesen. Er ließ Namen aufleuchten wie Wilhelm **Leuschner**, der als Innenminister des Freistaates Hessen der preußischen Regierung Darmstadt als innerdeutsche Exilhauptstadt angeboten habe, oder wie des allzufrüh verstorbenen Kurt **Schumacher**, dessen Nachkriegseinsatz richtungsweisend für die zweite Deutsche Republik geworden sei. „Wir stehen am Beginn eines wichtigen Wahlkampfes. Daß er ohne Bandagen geführt werden wird, ist unvermeidlich. Dennoch sollten sich alle demokratischen Parteien bewußt bleiben...: Der politische Gegner von heute mag der Bundesgenosse von morgen sein – auf jeden Fall ist er der Partner in der Leitung und der Verteidigung unseres gemeinsamen freiheitlichen Staates.“ – „Hier sehe ich die große Aufgabe des neuerstandenen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Eine lebendige Tradition von großer politischer Bedeutung soll wieder aufgenommen und fortgeführt werden. Nämlich die aus der Ersten Deutschen Republik: Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold waren alle demokratischen Parteien vertreten – das waren damals die Sozialdemokraten, die Deutschen Demokraten und das Zentrum. – Daß diese Republik, die nach dem Grauen des Nazismus und des Krieges vom deutschen Volk neu geschaffen wurde, nicht wieder untergehe am Streit der Demokraten, das soll unser fester Vorsatz sein – und dieser Geist ist es, der Geist der demokratischen Gemeinschaft, dem sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verpflichtet fühlt.“ (Anm. der Red. Es ist beabsichtigt, diese Ansprache im vollen Wortlaut als Broschüre herauszugeben. Es wird um Vorausbestellungen gebeten.) Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung ist sämtlichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages ein Schreiben von Hubertus Prinz zu Löwenstein zugegangen, in dem er sie auffordert, dem Reichsbanner beizutreten. Wir dürfen gespannt sein auf das Echo, denn viele der alten Kameraden fragen bereits: Und wo bleiben die von uns gewählten Abgeordneten?

S.K.

RESERVISTEN – BÜRGER FÜR SICHERHEIT UND FRIEDEN

Unter dem Leitmotiv „Wir Reservisten – Bürger für Sicherheit und Frieden“ diskutierten 450 Reservisten aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland zwei Tage lang mit dem Verteidigungsminister, dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses und dem Wehrbeauftragten über aktuelle Sicherheitspolitik: Afghanistan, Iran, Kräfteverhältnis Ost-West, Rüstungs- und Personalprobleme, Bremer Krawalle. Dr. Hans **Apel**, Bundesminister der Verteidigung: „Angesichts der weltpolitischen Gegebenheiten unterstreichen wir mit aller Deutlichkeit, daß zwar der Friedensumfang der Bundeswehr nicht erhöht wird, daß wir aber für den schnelleren Aufwuchs im Verteidigungs- und Spannungsfall die Reservisten brauchen. – Reservistenarbeit, Reservistenkonzept, Verstärkung der Verwendung des Reservistenpotentials sind für die Bundeswehr von lebenswichtiger Bedeutung.“ Dr. Manfred **Wörner**, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses: „Keine Gemeinschaft, kein Volk kann bestehen ohne Opfer, ohne das Entstehen des einen für den anderen. Ich sage das in einer Zeit, in der Anfänge einer neuen Ohne-mich-Stimmung zu beobachten sind. – Sie (die Reservisten) haben diesen Dienst nicht in erster Linie für sich, sondern für unser Volk geleistet.“ Karl-Wilhelm **Berkhan**, Wehrbeauftragter: „Ob Reservisten im subjektiven und objektiven Sinne zweckvoll bei Wehrübungen eingesetzt werden oder nicht: sie sprechen auf jeden Fall über ihre Erfahrungen in der Bundeswehr, und damit müssen und sollen wir alle rechnen, insbesondere aber der Verband der Reservisten, der sich der lohnenden Aufgabe widmet, der Öffentlichkeit den friedenssichernden Beitrag der übenden Reservisten innerhalb und außerhalb der Bundeswehr zu verdeutlichen. Insofern hat Reserve eigentlich nie Ruh!“

„DIE BREMER KRAWALLE“

Die Gemeinnützige Körperschaft Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/Bund Aktiver Demokraten e.V. hat eingedenk ihrer Tradition – 1924 als Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer und Republikaner gegründet – in einer öffentlichen Veranstaltung in Frankfurt/Main „Republikaner – Schützt die Republik“ mit Bundesvorsitzendem Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein folgende Entschließung angenommen: „Die Bremer Krawalle“ anläßlich des öffentlichen Gelöbnisses von Rekruten der Bundeswehr haben deutlich gezeigt, wo die Feinde des freiheitlich-demokratischen Deutschland stehen. Wir erwarten von allen staaterhaltenden Parteien, daß sie sich der geistig-politischen Verankerung unserer Demokratie in verstärktem Maße annehmen und sich vorbehaltlos und beispielhaft für die Bevölkerung ganz Deutschlands hinter die deutsche Bundeswehr als Waffenträger, als Bürger in Uniform, zum Schutz von Freiheit und Demokratie stellen, denn jede andere Einstellung fördert die Bestrebungen einer nach wie vor auf Weltrevolution ausgerichteten machtbesessenen Führungsclique, die sich innerhalb von 63 Jahren mit Afghanistan 42 Völker bzw. Gebiete gewaltsam unterworfen hat. Nur das Wissen und die absolute Bereitschaft der freien Welt zum entschlossenen Widerstand kann weiterem Vordringen Einhalt gebieten. Das öffentliche Gelöbnis aber soll seit seiner Einführung unter Bürgermeister Wilhelm Kaisen in Bremen die unverbrüchliche Einheit zwischen Bürgern und Soldaten bekräftigen und den Verteidigungswillen beiderseits stärken.“

Dr. Julius Leber, Reichsbannerführer in Lübeck, von den Nazis hingerichtet, schrieb am 25.1.1932: „Mit Politikern debattiert man. Gegen Bandenhäuptlinge und Mordanstifter setzt man die Machtmittel des Staates ein. Eine Staatsgewalt, die mit politischen Verbrechern darüber debattiert, ob sie recht oder unrecht haben, darf nicht erwarten, daß sie viel Respekt genießt.“

Georg Meany, der verstorbene AFL-CIO Präsident, der große alte Mann der amerikanischen Gewerkschaften, sagte in einer Rede am 26.4.1973 in New York anläßlich eines „Patriot Award Dinners“: „Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, Amerika sei ein Polizeistaat. Im Gegenteil, wir würden lieber mehr Polypen und weniger Ganoven hier haben.“

Bücher

DIE DENKWÜRDIGE REISE DER „JURIJ GAGARIN“

Eine attraktive und dazu noch erfolgreiche sowjetische Wissenschaftlerin auf der einen, ein Offizier der russischen Kriegsmarine auf der anderen Seite. Und beide an Bord des Forschungs- und Spionageschiffes „Jurij Gagarin“. Es scheint, als sei das Buch von Anastasia Iwaschutkina ein Roman bewährten Zuschnitts. Allein — die authentische Erzählung der hochdekorierten Wissenschaftlerin, die heute an einem geheimgehaltenen Ort im Westen lebt (vermutlich in Kanada), ist tatsächlich ein spannender, teilweise auch amüsanter Insider-Bericht aus dem sowjetischen Machtbereich. So erzählt die Autorin beispielsweise von einer Meeresforschungsstation in der sibirischen Arktis, oder aber von der versuchten Annektion einer vermeintlich neu aufgetauchten Insel, die in Wirklichkeit zu den Kanaren gehörte. Dank dieser frischen und unverblödeten Schilderungen offenbart sich dem Leser ein recht deutliches Röntgenbild sowjetischer Machtpolitik. Daß das Buch wenige Wochen vor der Invasion der roten Armee in Afghanistan erschien, ist ein bezeichnender Zufall.

Michael Bruckner

Anastasia Iwaschutkina, Die denkwürdige Reise der Jurij Gagarin, Roman, Aus dem Russischen von Carl Elmer, 420 Seiten, geb., Marion von Schröder Verlag GmbH, Düsseldorf, DM 32,-

ENTLASSUNG AUS DER STAATSBÜRGERSCHAFT

Der Arzt Dr. Horst Grundmann kämpfte Monat für Monat um seine Auswanderungsgenehmigung, mit Schreiben an den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik, an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Neuruppin und mit Vorsprachen bei vielen Gremien. Es geht um die Auswanderung aus der DDR und Einreise in die Bundesrepublik Deutschland, was amtlich lautet: „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ gemäß Staatsbürgerschaftsgesetz vom 20. Februar 1967. Dr. Grundmann hat es mit Beharrlichkeit und Höflichkeit geschafft. Etwa ein Jahr währte die Hinhaltenaktik der SED-Behörden. Das Buch ist ohne Sensationshascherei geschrieben. Es verwundert sogar, daß ein Arzt es tatsächlich erreichen konnte, auswandern zu dürfen, ganz offiziell zu dürfen! Dr. Grundmann stellt unentwegt seine religiöse Überzeugung in den Vordergrund, auch in seinen Begründungen gegenüber den SED-Behörden. Seine Überzeugung mache es ihm unmöglich, sich auch innerlich den Erfordernissen und den Anforderungen des SED-Staates zu unterwerfen. Natürlich hat die Familie viel aushalten müssen, besonders die Kinder in den Schulen, als sie den Eintritt in die Jugendorganisationen, die Teilnahme bei der Jugendweihe und überhaupt das „Mitmachen“ ablehnten. Die heute übliche Standardfrage nach der Aufklärung über die Nazizeit kann beim Lesen dieses Buches leicht beantwortet werden. Der innere Notstand ist sehr ähnlich.

Robert Becker

Horst Grundmann: Entlassung aus der Staatsbürgerschaft — eine Dokumentation — 170 S. Verlag Ullstein, Berlin 1978 — DM 28,-

DIE NVA KERNSTÜCK DER LANDESVERTEIDIGUNG DER DDR

Zur Erheiterung der Zuhörer berichten manchmal Humoristen von der Gründung eines Vereins zur Bekämpfung des Vereinswesens. Weniger erheiternd, aber recht widersprüchlich hat sich in der heutigen Weltpolitik ein Block der Blockfreien gebildet. Bitterernst und von gefährlicher Demagogie ist die totale **Militarisierung** in der DDR — von der Schule bis in die Betriebe — mit der Begründung, **damit den Militarismus bekämpfen zu wollen**. Unter der übergroßen Plakatierung mit der Losung **„Stärkt unsere Volksmacht! Schlagt den Militarismus!“** paradiere in den Städten der „DDR“ die offiziellen Streitkräfte und die paramilitärischen Kampfgruppen. Von der militärpatriotischen Erziehung in der Schule und in der FDJ über die vormilitärische Grundausbildung in der „Gesellschaft für Sport und Technik“ bis zur Ausbildung von Hunderttausenden in den Betriebskampfgruppen werden Wehrbewußtsein, Wehrmoral und Wehrbereitschaft entwickelt. Wehrübungen an Waffen und Gerät gehören zur Selbstverständlichkeit. Diese totalitäre Wehrerziehung, mit der die gesamte Bevölkerung erfaßt wird, ist die stabile Grundlage für die NVA, die Nationale Volksarmee, die hingegen allein als offizielle Wehrtruppe in der internationalen Abwägung bei den Verhandlungen über den Abbau des Wehrpotentials zählt. Der Fahneneid der NVA übertrifft die reaktionärsten Vorstellungen über eine Unterwerfung des Menschen unter

die diktatorische Staatsallmacht. Das gegenwärtige so bekämpfte öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr sieht dagegen mehr wie die feierliche Verpflichtung eines Leistungssportlers aus. Diesen ausgeprägten Militarismus in der DDR als Basis zur Bekämpfung des Militarismus auszugeben, erscheint zunächst als Witz der Weltgeschichte. Tatsächlich ist aber die geistige Grundlage die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen, die in den kommunistischen Staaten den Menschen unentwegt eingepreßt wird. Demnach ist alles Handeln im Sinne der kommunistischen Innen-, Außen- und Kriegspolitik gerecht, alle Kritik und alle Gegenmaßnahmen sind ungerecht. Dieser schreckliche totalitäre Virus hat inzwischen auch in den Köpfen der nicht kommunistisch beherrschten Welt Eingang gefunden. Man beachte nur den gängigen Sprachgebrauch bei der Bezeichnung der mehr oder weniger kommunistisch gesteuerten, von den kommunistischen Staaten ausgebildeten und bewaffneten Guerillas als „Befreiungsbewegungen“, während gleichzeitig die Befreiungsversuche von kommunistischer Unterdrückung herablassend als Rebellion, Konterrevolution, Putsch oder gar als imperialistische Einmischung geradezu gebrandmarkt werden. Afghanistan steht hierfür als jüngstes Beispiel. Das Buch von Thomas Forster bietet für die angeführten Erkenntnisse die sachliche Grundlage. Es ist weitgehend ein Sachbuch mit gut geordneten Dokumentationen auf dem neuesten Stand der Entwicklung in militärpolitischer Hinsicht wie auch in der dazugehörigen ideologischen Begleitung. Ausführliches Bildmaterial ergänzt auflockernd alle Darstellungen. Jedem Befürworter der These „Keine politischen Behauptungen und Schlußfolgerungen ohne Nachweis der Zusammenhänge“ ist das Buch eindringlich zu empfehlen.

Robert Becker

Thomas M. Forster: Die NVA — Kernstück der Landesverteidigung der DDR — Ln. 414 Seiten — Fünfte, völlig überarbeitete Auflage 1979 — Markus-Verlags-GmbH, Köln — DM 24,00

ZITATE

Zitate sind wie Schlagworte. Man kann sie leicht und bei vielen Gelegenheiten benutzen. Sie fließen so geschmeidig wie Öl in Gespräche ein. Sie enthalten gar manche Weisheit, oft auch nur Oberflächliches. Einige Beispiele sollen den mitdenkenden Leser zu kurzgefaßten Bewertungen veranlassen.

Ramsay McDonald, britischer Premierminister

„Ein Volk, das die Lobpreisung der demokratischen Freiheiten mit Gähnen begrüßt, streckt seine Handgelenke schon nach den Fesseln der Knechtschaft aus.“

R. Thoma, Staatsrechtler, Weimarer Republik:

„Die Demokratie ist ein Staat, dessen Souverain man unentwegt anschreien muß, damit er nicht einschläft.“

Eine Schweizer Zeitung über die Politik der privaten und öffentlich-rechtlichen Medien:

„Wer heute unter Mißachtung der Ordnung gegen etwas ist und sich als „Alternative“ bezeichnet, hat eine ungemein bessere Chance, von den Medien beachtet zu werden, als jener, der Positives leistet oder auch kritisch ist, aber sich dabei an Recht und Ordnung hält.“

**Werben auch Sie für uns!
Benutzen Sie die beiliegende
Werbeantwortkarte —
auch für Buchbestellungen**

Der Film „Geheime Reichssache“ entlarvt die Technik der Berliner Schauprozesse, besonders am Beispiel der beiden Angeklagten Major Ludwig Freiherr von Leonrod und Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle aus München-Bogenhausen. Die im Gerichtssaal damals versteckt angebrachte Filmkamera hat am 14. September 1944 während der knapp 90 Minuten dauernden Verhandlung gegen Kaplan Dr. Wehrle ungewöhnliche Szenen — für Freislers Volksgerichtshof jedenfalls — festgehalten. Freisler, ansonsten der Schreiende und der Tobende, ist beim Verhör Wehrles stumm — geradezu entwaffnet. Mit klarer Stimme, ungebrochen und mutig, legte der Münchener Kaplan seine Kritik am Nazi-Regime dar. Noch am selben Tag wird er hingerichtet. Wehrle war eher zufällig in die Fänge der Gestapo-Schergen geraten. Unmittelbar vor dem Attentat des 20. Juli 1944 auf Hitler, stellte Freiherr von Leonrod dem Kaplan in der Beichte die Frage, ob Tyrannentod zulässig sei. Nach dem Attentat auf Hitler wurde von Leonrod festgenommen. In der Gestapohaft gab er Wehrles Namen preis. In der breiten Öffentlichkeit ist der Name Wehrle heute fast in Vergessenheit geraten. Neben Delp und Wehrle gingen 4000 weitere Priester für ihren Glauben in den Tod. Im Bayerischen Staatsarchiv München lagern heute über 2000 Urkunden des Sondergerichts München gegen Priester. Der Öffentlichkeit und auch den Pfarrgemeinden sind Vorgänge um Priester in dieser Zeit weitgehend unbekannt geblieben.

WILLI BEUK

DAS TAUSCHGESCHÄFT HELGOLAND UND SEIN RETTER

Am 10. August 1980 jährte sich zum 90. Male der Tag, an dem Kaiser Wilhelm II. die rote Insel in der Deutschen Bucht „heim ins Reich“ holte. Im Tausch gegen die deutsche Zustimmung zur Inbesitznahme von Sansibar (nördliches Ostafrika) hatte Großbritannien „die Souveränität über die Insel Helgoland“ aufgegeben. Nach einem wechselvollen Schicksal war die Insel nach 1945 nur noch Bombenziel für die Royal Air Force. Zu Weihnachten 1950 setzte der jetzige Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Hubertus Prinz zu Löwenstein mit einigen Freunden entgegen dem absoluten Verbot der britischen Besatzungsmacht nach Helgoland über, hißte die Flagge Schwarz-Rot-Gold und die Europaflagge und zwang so die Briten, auf weitere Bombenabwürfe vorerst zu verzichten. Langwierige Verhandlungen folgten, bis ab 1. März 1952 Helgoland wieder frei war. Hubertus Prinz zu Löwenstein wird seitdem als „Retter von Helgoland“ geehrt und erhielt nicht zuletzt deshalb aus der Hand von Bundespräsident Lübke das „Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ in „Anerkennung der um Staat und Volk erworbenen besonderen Verdienste“.

ANNE FRANK'S VATER GESTORBEN

Otto Frank, der Vater des jüdischen Mädchens Anne Frank, ist im Alter von 91 Jahren in Basel gestorben. Über das tragische Schicksal der kleinen Anne Frank hat der ehemalige Reichsbanner-Kamerad und heute ihm noch eng verbundene Rechtsanwalt Dr. Robert M.W. Kempner das im Verlag Herder KG Freiburg 1968 erschienene Buch „Edith Stein und Anne Frank — Zwei von Hunderttausend — Die Enthüllungen über die NS-Verbrechen in Holland vor dem Schwurgericht in München“ geschrieben.

LESER SCHREIBEN

Wolfgang Müller, Oberst a.D., Generalsekretär der URPE (Union des résistants pour une Europe Unie, Section Allemande): 4020 Mettmann:

„Ich bin sehr dankbar für die Übersendung der letzten Nummer Ihrer Zeitschrift. Sie war ausgezeichnet. Ich wäre dankbar, wenn ich noch 2 Exemplare bekommen könnte, zur Weitergabe an jüdische Freunde. Sehr wichtig ist die Verbreitung der Rede von Dr. Leon Boutbien. (Der frz. Präsident der U.R.P.E.) — Kann ich noch mehrere Exemplare bekommen? Ich wünsche Ihrem Verband weitere Erfolge und grüße Sie mit dem Ausdruck besonderer Verbundenheit!“

Dr. Karl Kindermann, 7290 Freudenstadt:

„Das Reichsbanner ist gut geschrieben. Ihr gebt Euch wirklich große Mühe“.

Yohanan Meroz, Botschafter des Staates Israel, 5300 Bonn:

„Ihre Frankfurter Rede vom 17.5. (Anm. Bundesvorsitzender Hubertus Prinz zu Löwenstein: Republikaner — Schützer die Republik) habe ich mit großem Interesse gelesen, man hatte mir bereits im Auszug davon berichtet.“

Der — inzwischen zum Regierungspräsidenten avancierte — Frankfurter Polizeipräsident Knut Müller empfing im Beisein des Ldt. Kriminal-Direktors Panitz und des Ldt. Polizei-Direktors Vogel den Vorstand des REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD/BUND AKTIVER DEMOKRATEN e.V., Ortsverein Frankfurt, zu einem Kontakt-Gespräch. In seine Begrüßungsworte ließ er die persönlichen Bindungen seiner Familie zum Reichsbanner der „Weimarer Zeit“ einfließen, wodurch das Gespräch von vornherein eine gemeinsame Basis erhielt. Der Stellvertretende Bundesvorsitzende des Reichsbanners Siegfried Keiling erwähnte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ortsvereins Frankfurt die Gemeinsamkeiten zwischen Reichsbanner und preußischer Schutzpolizei vor 1933 und machte — entsprechend den veränderten Verhältnissen und der neuen Aufgabenstellung des Reichsbanners — konkrete Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit im Rahmen der Unterrichtung der Mitglieder wie auch der vom Magistrat der Stadt Frankfurt unterstützten Öffentlichkeitsarbeit, wobei im gegenseitigen Gespräch als Schwerpunkt die Stellung des Polizeibeamten im demokratischen Staat herausgestellt wurde. Die Reichsbanner-Mitglieder, die aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik sich oft ein schärferes polizeiliches Durchgreifen gegenüber Rechts- und Linksextremisten wünschen, werden sich sagen lassen müssen, daß der Polizeibeamte nur ausführendes Organ der weisungsberechtigten Politiker ist und bei nicht verbotenen Demonstrationen oft nur mit Mühe die politischen Gegner auseinander halten kann. Der Jugend gegenüber soll das Selbstverständnis polizeilicher Tätigkeit klar gemacht werden, damit der leichtfertig gebrauchte und beschimpfende Ausdruck „Bulle“ zum Verschwinden gebracht werde. Der Polizeipräsident versprach, geeignete Referenten aus seinem Verantwortungsbereich für diese Themen zur Verfügung zu stellen und wertete dieses Gespräch nur als erste Kontaktaufnahme, deren Fortsetzung er seinem Nachfolger nach Übernahme seiner künftigen Tätigkeit als Regierungspräsident in Gießen sehr ans Herz legen werde.

Empfang im Hessischen Landtag

Das REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD / BUND AKTIVER DEMOKRATEN e.V. wurde unter Führung des Landesvorsitzenden Helmut Esser, seines Stellvertreters Robert Becker und im Beisein des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Siegfried Keiling und des Bundesschriftführers Franz Hron sowohl durch den Hessischen Ministerpräsidenten Börner als auch durch Vertreter der CDU — und SPD — Fraktionen zu einer Aussprache empfangen. Nach mehr als zweistündigen Gesprächen wurde Übereinstimmung über die heutigen Aufgaben des Reichsbanners erzielt, wobei besonders durch den Herrn Ministerpräsidenten betont wurde, daß das Reichsbanner sowohl in politischen Grund- als auch in Einzelfragen — im Gegensatz zu den im Hessischen Landtag vertretenen Parteien — ohne Rücksicht auf Wählerstimmen Stellung beziehen — wörtlich: „heiße Eisen anfassen“ — kann.

Das Reichsbanner, Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWW).
Nr. 3 — August 1980 — 24. Jahrgang — erscheint seit 1924
Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, Reineckstr. 7, 6000 Frankfurt 1, Postfach 4007, Ruf (06193) 8 97 39
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft, Kto.-Nr. 10077651 Stadtparkasse Frankfurt/Main, Kto.-Nr. 207167 Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 51115-600
Verantwortlich: Robert Becker, Offenbach — Helmut Esser, Rüsselsheim, — Siegfried Keiling, Bad Homburg — Fritz König, Frankfurt — Hubertus Prinz zu Löwenstein, Bonn — Georg Prinz, Diedenbergen.
Gerichtsstand und Erfüllungsort Frankfurt/Main.
Druck: Foto-Druck-Color, Frankfurt, Königsberger Str. 8, Tel. (0611) 77 67 74 / 77 18 36.

Die unter Verfasseramen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangaben gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung zweifach. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Einzelheft DM 1,50 — Jahresabonnement DM 6,— zuzüglich Versandkosten. Abbestellung bis sechs Wochen vor Jahresschluß. Redaktionsschluß am 1., Anzeigenschluß am 5. jeden 3. Monats. (Feb. Mai. Aug. Nov.)